



Wortprotokoll der 72. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

Berlin, den 10. April 2024, 09:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 4

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der
sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen
zwischen Deutschland und China**

BT-Drucksache 20/9323

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Inneres und Heimat



Liste der Sachverständigen

Prof. Dr. Julian **Hinz** (Vorschlag CDU/CSU)
Direktor Handelspolitik
Universität Bielefeld und Kiel Institut für Weltwirtschaft
24105 Kiel

Dr. Mikko **Huotari** (Vorschlag SPD)
Direktor MERICS Mercator Institute for China Studies gGmbH
10179 Berlin

Dr. Cora Francisca **Jungbluth** (Vorschlag CDU/CSU)
Senior Expert China and Asia-Pacific
Bertelsmann Stiftung
33311 Gütersloh

Thomas **König** (Vorschlag SPD)
Leiter Referat China - Asien Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft (APA)
Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)
10178 Berlin

Dr. Tim Nicholas **Rühlig** (Vorschlag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Europäische Kommission
China Fellow Generaldirektion I.D.E.A.
1049 Brüssel/Belgien

Friedolin **Strack** (Vorschlag FDP)
Abteilungsleiter Internationale Märkte
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e.V.
11053 Berlin

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion/Gruppe	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Arlt, Johannes Bartz, Alexander Katzmarek, Gabriele Limbacher, Esra Poschmann, Sabine Roloff, Sebastian Töns, Markus Walter, Hannes Werner, Lena Westphal, Bernd	Funke, Fabian Hubertz, Verena Junge, Frank Kreiser, Dunja Kröber, Martin Marvi, Parsa Mehltretter, Andreas Schmidt, Uwe Seitzl, Dr. Lina Weingarten, Dr. Joe
CDU/CSU	Czaja, Mario Durz, Hansjörg Grosse-Brömer, Michael Klöckner, Julia Kuban, Tilman Loos, Bernhard Metzler, Jan Rouenhoff, Stefan Willsch, Klaus-Peter	Connemann, Gitta Gramling, Fabian Körber, Carsten Mörseburg, Maximilian Ramsauer, Dr. Peter Scheuer, Andreas Spahn, Jens Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Banaszak, Felix Detzer, Dr. Sandra Kopf, Chantal Sekmen, Melis	Badum, Lisa Beck, Katharina Herrmann, Bernhard Sacher, Michael Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Bauer, Nicole Houben, Reinhard Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald	Bartelt, Christian Cronenberg, Carl-Julius Klein, Karsten Köhler, Dr. Lukas
AfD	Holm, Leif-Erik Kaufmann, Dr. Malte Komning, Enrico Schulz, Uwe	Espendiller, Dr. Michael Münzenmaier, Sebastian Schattner, Bernd Ziegler, Kay-Uwe
Die Linke	Cezanne, Jörg	Ferschl, Susanne

Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Wirtschaftsausschusses und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Beginn der Sitzung: 9:02 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China

BT-Drucksache 20/9323

Der **Vorsitzende**: Ein herzliches Willkommen allen, die hier im Saal sind! Und natürlich auch allen, die uns gegebenenfalls zugeschaltet sind. Das betrifft nicht nur zwei Sachverständige – zu denen komme ich gleich noch persönlich. Wir freuen uns immer über das Interesse an unseren Anhörungen. Meistens lohnt es sich auch, dabei zu sein. Denn im Zweifel lernt man dazu. Ich begrüße insbesondere auch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Michael Kellner. Herzlich willkommen! Das ist eine gute Tradition, dass die Staatssekretäre auch bei unseren Anhörungen dabei sind. Ganz besonders herzlich grüße ich natürlich die Sachverständigen, die uns heute mit ihrem Sachverstand zur Verfügung stehen. Sechs an der Zahl nehmen an dieser Anhörung teil. Vier sehe ich hier im Raum: Herzlich willkommen! Zwei Sachverständige sind uns zugeschaltet, was dann auch immer ein besonderes Ereignis ist. Herr Dr. Rühlig ist uns zugeschaltet aus Paris und Herr Thomas König ist uns zugeschaltet aus Alaska. Das ist ja auch nicht alltäglich. Ich habe gehört, Sie haben sich schon unterhalten im Vorwege, auch um die Technik zu prüfen. Der Hinweis, dass Ihnen schon Elche und Grizzlies begegnet sind, bezieht sich hoffentlich nicht auf Ihre Anreise zu dieser Anhörung, sondern ist wahrscheinlich allgemein gemeint gewesen. Es ist bei Ihnen 23 Uhr. Wir werden zusehen, dass wir um halb eins fertig sind. Das ist dann ein bisschen später für Sie, aber umso dankbarer sind wir, dass Sie auch teilnehmen an dieser Anhörung. Die Liste der Sachverständigen sieht dann wie folgt aus. Ich begrüße herzlich

- Prof. Dr. Julian Hinz, Direktor Handelspolitik, Universität Bielefeld und

Kiel Institut für Weltwirtschaft;

- Herrn Dr. Mikko Huotari, Direktor MERICS Mercator Institute for China Studies, Berlin;
- Frau Dr. Cora Franzisca Jungbluth, Senior Expert China and Asia-Pacific bei der Bertelsmann Stiftung.

Herzlich willkommen! Dann haben wir

- Thomas König, Leiter Referat China – Asien Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft (APA) der DIHK.

Was Sie nun nach Alaska verschlagen hat, werden Sie uns wahrscheinlich kurz noch sagen. Die meisten von der DIHK kriegt man ja auch in Berlin. Aber umso dankenswerterweise muss man ja sagen, haben Sie sich bereiterklärt, zur Ortszeit 23:05 Uhr. Ich begrüße ebenfalls

- Dr. Tim Nicholas Rühlig, Europäische Kommission, China Fellow Generaldirektion I.D.E.A.,

zugeschaltet aus Paris. Auch schön. Und herzlich willkommen auch an

- Herrn Friedolin Strack vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e. V.

Sie sind Abteilungsleiter für internationale Märkte. Da werden Sie uns sicherlich auch viel über China sagen können.

Alle anderen Zuhörer und die Mitarbeiter des Ministeriums sind uns natürlich ebenfalls herzlich willkommen, genauso wie die Gäste, die uns im Parlamentsfernsehen zuschauen können. Die Videokonferenztechnik, die auch ermöglicht, an dieser Sitzung teilzunehmen, hat manchmal den Nachteil, dass wir, wenn man die Stummschaltung nicht aktiviert, dann hier hören, was bei Ihnen zu Hause stattfindet. Das wollen wir nicht. Deswegen bitte ich, die Stummschaltung dann auch jetzt zu aktivieren, falls das noch nicht geschehen ist. Was hier manchmal passiert, sind technische Probleme in der Videokonferenztechnik. Sollten die wider Erwarten heute auch auftreten, dann bleiben Sie bitte an den Geräten! Wir versuchen dann wie immer, die Probleme zügig zu beheben. Meistens gelingt das auch. Man darf die Hoffnung nur nicht aufgeben. Die öffentliche Anhörung heute beschäftigt sich mit folgender Vorlage, nämlich dem Antrag der CDU/CSU-



Fraktion mit dem Thema „Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China“. Der Antrag findet sich auf der Bundestagsdrucksache 20/9323. Kurz zum Ablauf der heutigen Sitzung – die Kolleginnen und Kollegen hören das jedes Mal, aber für diejenigen, die nicht immer dabei sind, der Hinweis: Wir haben eineinhalb Stunden Zeit. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass wir bei jeder Meldung der Fraktionen jeweils drei Minuten Zeit haben, und zwar für Frage *und* Antwort. Das heißt, je kürzer man fragt, desto länger kann geantwortet werden. Bei einer Zeitüberschreitung muss ich im Interesse aller dann irgendwann als Vorsitzender tätig werden, aber meistens klappt das. Die Zeit wird nämlich auch aus diesem Grunde eingeblendet und irgendwann wird es rot und dann wird es Zeit, zum Ende zu kommen. Ich möchte noch darauf hinweisen, – das ist eine interne Geschichte: Durch Mandatsniederlegung von einem Kollegen und der damit nicht verbundenen Nachrückung eines anderen oder einer anderen Kollegin und weil ein Kollege aus der AfD-Fraktion ausgetreten ist, hat es nach unseren Berechnungen hier im Deutschen Bundestag Änderungen gegeben bei der Reihenfolge der Worterteilung bei der öffentlichen Anhörung. Um es kurz zu sagen, das Ergebnis ist: Die FDP darf einmal weniger fragen, die Grünen dürfen einmal häufiger fragen. Das hat sich arithmetisch so ergeben. Erklären können das nur ganz wenige. Aber die Berechnungsart nennt sich Sainte-Laguë/Schepers, glaube ich. Die wenden wir hier immer an. Fragen Sie mich nicht, warum das so ist. Es ist so. Es ist mehrfach geprüft worden von der Bundestagsverwaltung und die Grünen haben da nichts gegen, habe ich mir sagen lassen. So, dann vielleicht noch abschließend: Jeden Kollegen und jede Kollegin bitte ich, das wissen Sie aber auch, kurz am Anfang zu sagen, an wen sich die Frage richtet. Das ist gut fürs Protokoll, damit man weiß, wer dann antwortet. Eingangsstatements sind manchmal vorgesehen, bei uns aber nie, weil wir es besser finden, Sie antworten auf Fragen und erzählen uns nicht, was Sie meinen, erzählen zu müssen. Eine solche Regelung ist im Zweifel auch nicht

schlecht, aber wir sind der Auffassung, es ist besser so, wie wir uns das ausgedacht haben. Es gibt ein Wortprotokoll dazu und deshalb macht es Sinn, zu wissen, wer antwortet und wer fragt, und mit dieser Befragung wollen wir jetzt auch beginnen. Wir richten uns immer nach der Fraktionsstärke, nicht, dass man sich wundert, dass manche Fraktionen häufiger drankommen als andere. Das liegt an der Bundestagswahl und an den Mehrheitsverhältnissen. Deswegen beginnt die SPD mit der Fragerunde, genau genommen mit Bernd Westphal.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch an die Damen und Herren Sachverständigen, dass Sie uns heute für diese Anhörung zur Verfügung stehen! China ist nach wie vor ein wichtiger Handelspartner für Deutschland und Europa und deshalb meine Frage zuerst an Dr. Huotari: Wie schätzen Sie das ein: In welchen Bereichen *sollten* wir oder in welchen Bereichen *können* wir als Deutschland und Europa mit China weiterhin wirtschaftliche Beziehungen vertiefen oder eher vorsichtig betrachten, auch auf Augenhöhe, was die wirtschaftlichen Beziehungen angeht und vor allen Dingen auch, was die sicherheitspolitischen Herausforderungen angeht?

SV **Dr. Mikko Huotari** (MERICS): Besten Dank. Guten Morgen, Herr Vorsitzender, Herr Westphal. Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, hier vorzutragen. Eine Vorbemerkung vorausgeschickt: Ich glaube, es ist allen bekannt, dass wir uns in einer Phase der geopolitischen Globalisierung befinden und alte Maßgaben mit Blick auf Unternehmensbeziehungen oder auch wirtschaftliche Verflechtungen heute neu gedacht werden. Das gilt nicht nur für die Politik, sondern wird an vielen Stellen in Unternehmen auch schon so umgesetzt. Zu Ihrer Frage konkret: Es gilt weiterhin die Maßgabe, dass die Mehrheit – Kollegen der Rhodium Group haben das einmal beziffert: 85 Prozent – der Wirtschaftsbeziehungen mit China durchaus problemfrei sein können. Es gilt, genau hinzuschauen. Aber bei Konsumgütern, wo es keine strategischen Abhängigkeiten gibt, sehen wir überhaupt keine Herausforderungen und keine Notwendigkeit,



aktiv zu werden. Bei Exporten sollten wir dringend darauf achten, dass die Exporte nach China nicht zurückgehen, wie es im Moment der Fall ist. Also, will sagen: Was die Handelsbeziehungen angeht, wenn es nicht um genau speziell definierte kritische Abhängigkeiten im Bereich von Rohstoffen oder anderen Gütern geht, sollten wir weiterhin daran festhalten, dass ein großer Teil, die Mehrheit der Wirtschaftsverflechtungen mit China positiv zu bewerten ist. Bei Investitionen ist die Lage erst einmal grundsätzlich ähnlich. Es ist richtig und gut, dass in China Produktion stattfindet. Es ist grundsätzlich gut, dass chinesische Investitionen in Deutschland und Europa getätigt werden können. Auch da gilt es, für den begrenzten Bereich von sicherheitspolitisch relevanten Fragen genauer hinzuschauen und hier entsprechend Maßnahmen zu ergreifen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, auch dafür, dass Sie vollständig in der Zeit geblieben sind. Die zweite Frage stellt für die CDU/CSU-Fraktion Julia Klöckner.

Abg. **Julia Klöckner** (CDU/CSU): Guten Morgen, auch von mir ganz herzlichen Dank im Namen unserer CDU/CSU-Arbeitsgruppe und Fraktion. Da wir den Antrag gestellt haben, will ich einleitend noch sagen, dass die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen für uns aus unserer politischen Sicht große Bedeutungen haben, aber deshalb auch das Thema „Reziprozität“, was gegenseitig auch möglich ist. Und uns interessiert dann natürlich auch, mit welchen Mitteln die EU künftig auf politischen Druck aus China reagiert. Aber es muss auch im Einklang mit unseren nationalen Sicherheitsinteressen stehen. Und deshalb ist eine strategische Debatte so notwendig, was den Umgang angeht, De-Risking etc., aber auch, was Abhängigkeiten anbelangt. Deshalb diese strategischen Debatten auch hier im Parlament. Und deshalb geht meine erste Frage an Herrn Prof. Dr. Hinz. Meine Frage lautet mit Blick auf De-Risking: Welche Gefahren sehen Sie auf der einen Seite, also welche Verwobenheiten, die Sie als gefährlich oder riskant – nicht gefährlich, sondern als riskant – betrachten? Aber auf der anderen Seite auch, was ein De-Risking denn bedeuten würde für beide Seiten.

Sie sehen die derzeitigen Verflechtungen mit China und der deutschen Wirtschaft eher als sehr gering an – oder das ist auch eine der Meinungen. Und da würden wir sehr gerne wissen, was würde das für unseren Import und auch Export heißen, wenn wir viel stärker diversifizieren würden? Und vor allen Dingen, was würden Sie uns empfehlen für den Umgang mit China?

SV **Prof. Dr. Julian Hinz** (Universität Bielefeld und Kiel Institut für Weltwirtschaft): Herzlichen Dank für die Einladung, herzlichen Dank für die Frage! China ist natürlich ein bedeutender und einer der bedeutendsten Handelspartner Deutschlands, sowohl im Außenhandel als auch bei Investitionen – wie eingangs von dem Kollegen zur Linken gesagt wurde. Ich glaube, es ist ganz wichtig, wie Sie schon meinten, einmal nüchtern einen Blick in die Daten zu werfen. Und da sieht man, dass China natürlich, wie gesagt, ein extrem wichtiger Handelspartner ist. Aber wenn man sich die Zahlen anschaut, wie wichtig China für den deutschen Außenhandel ist, dann ist das so bei 9 Prozent, 9 bis 10 Prozent, manchmal auch nur 8 Prozent, je nachdem, in welchen Monat man schaut. Das variiert natürlich stark über die Produktgruppen, sowohl bei Exporten als auch bei Importen. Das heißt, der Status Quo ist so, dass nicht, wie teilweise gedacht wird, China 20 oder 30 Prozent unserer Ex- und Importe ausmacht. Nein, wirklich nicht! Relevante Märkte für Deutschland sind erst einmal Europa und dann der Westen, wie auch immer man den bezeichnen möchte. China ist natürlich wichtig, wird aber eben häufig überschätzt. Das ist der Status Quo. Zu Ihrem zweiten Punkt: Was wäre, wenn es zu einem De-Risking kommt oder wenn man ein De-Risking vorantreibt oder sogar ein Extremszenario hat, in dem man ein Kappen dieser Handelsbeziehungen hätte? Was wären dann die wirtschaftlichen Auswirkungen? Das ist das, was maximal passieren kann. Und auch da ist es so, dass das nicht, das zeigt eine Studie, die wir vor einigen Monaten veröffentlicht haben, dass es nicht katastrophal wäre. Das bedeutet nicht, dass man da hineinschlittern sollte, sondern es bedeutet, dass es politischen Handlungsspielraum gibt, in dem man evaluieren sollte, welche Produkte wichtig sind und bei welchen es komplett



unkritisch ist, dass man dort weiter handelt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Hinz. Dazu lässt sich sicherlich noch mehr sagen. Die Zeit war abgelaufen, aber ich sage voraus, Sie werden nochmals gefragt werden. Und dann kann man das auch noch erweitern. Das Wort hat jetzt Maik Außendorf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Wir beobachten ja schon lange, dass China global strategisch handelt und Handelspolitik und Wirtschaftspolitik nur ein Teil in einem großen Baukasten sind, den China aufbaut. Insofern ist sehr zu begrüßen, dass wir heute hier einmal strategisch diskutieren. Wir haben jetzt auch eine China-Strategie der Bundesregierung vorliegen. Wichtig ist natürlich, dass so etwas langfristig trägt und das setzt voraus, dass wir das parteiübergreifend auch mittragen. Insofern danke ich nochmals für den Aufschlag. Herr Dr. Rühlig, Sie haben in Ihrer Stellungnahme einen Schwerpunkt gesetzt auf Risikoprofile. Und da würde ich Sie bitten, ein bisschen auszuführen, wie das genau zu verstehen ist. Das geht ja auch so ein bisschen in die Richtung zu bewerten, was ist eigentlich wichtig, wo brauchen wir De-Risking, wo vielleicht nicht? Ich bitte Sie, das einmal auszuführen.

SV **Dr. Tim Nicholas Rühlig** (Europäische Kommission): Vielen Dank für die Einladung. Ich muss vorab sagen, ich spreche hier nicht im Rahmen der Europäischen Kommission, sondern in meiner persönlichen Kapazität! Zunächst einmal: Ich glaube, die geopolitischen Kosten kommen auf Deutschland und die Europäische Union ohnehin zu. Das heißt, es geht in der Tat darum, wie auch die beiden Vorredner – sehr geschätzt von mir – bereits ausgeführt haben: Weite Teile der wirtschaftlichen und technologischen Kooperation mit China sind unproblematisch. Worum es aber geht, ist, glaube ich, stärker klarzuziehen, worin genau die Probleme, die Risiken bestehen. Je genauer man die definiert hat, desto genauer weiß man, was man zu tun hat, aber auch, wo es unproblematisch ist, weiterhin das zu tun, was wir bislang gemacht haben. Ich glaube, es gibt vor allem vier zentrale Risikoansätze. Das eine ist die Frage der

„Wertschöpfungskettenresilienz“. Hier geht es darum, dass man keine Lieferengpässe haben möchte, dass man einfach weiterhin zu große Abhängigkeiten von einem oder wenigen Anbietern vermeiden will. Es geht aber auch um Fragen nationaler Sicherheit aus meiner Sicht. Hier haben wir natürlich insbesondere das Fallbeispiel 5G – mögliche Hintertüren – ausführlich diskutiert. Auch da sind wirtschaftliche Abhängigkeiten, wenn das verbunden ist mit solchen Hintertüren, natürlich ausgesprochen problematisch. Es geht zum dritten um den Schutz von Werten und Normen, die wir uns genau anschauen müssen. Auch hier ist die Frage, nutzen wir beispielsweise Technologie, die zentral ist und beispielsweise unsere Privatsphäre untergraben kann? Und es geht aus meiner Sicht auch um Fragen von Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen auch sicherstellen, dass Wertschöpfung weiterhin in Europa stattfindet. Das können aus meiner Sicht Unternehmen nicht allein leisten. Unternehmen machen De-Risking, aber die Risiken, die Unternehmen sehen, und die Risiken, die gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich bestehen, sind nicht immer deckungsgleich.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Rühlig. Auch Sie sind dankenswerterweise in der Zeit geblieben. Carl-Julius Cronenberg für die Liberalen, bitte.

Abg. **Carl-Julius Cronenberg** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Strack vom BDI. Die Union beantragt die Einsetzung einer Kommission, die die sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zu China überprüft. Ganz allgemein: Was ist von einer solchen Kommission zu halten? Welche Chancen, aber auch welche Risiken sind damit für die deutsche Wirtschaft verbunden? Und sind dem BDI-Beispiele gelungener Investitionsscreenings im Sinne des Antrags bekannt?

SV **Friedolin Strack** (BDI): Vielen Dank für die Frage, Herr Cronenberg. Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und sehr geehrte Damen und Herren! Wir im BDI halten es in der Tat für wichtig, und das spiegelt sich auch im Meinungsbild der Experten hier wider: Wir haben eine veränderte Sachlage zu



China. Wir haben eine veränderte Risikoeinschätzung zu China. Das spiegelt sich nicht nur wider im Koalitionsvertrag und in einer geänderten China-Strategie der aktuellen Koalition, sondern es spiegelt sich auch wider beispielsweise in einer geänderten China-Positionierung der CDU/CSU-Fraktion. Ich erkenne hier deutlich mehr Konsensbildung zum Umgang mit China, als wir das in der Vergangenheit hatten. Wir halten es für notwendig im BDI, uns über sicherheitsrelevante Fragen viel, viel mehr Gedanken zu machen. Wir stehen hinter einem Ansatz von De-Risking, wie auch Tim Rühlig es beschrieben hat: gezielt einzelne Risiken zu identifizieren und zu versuchen, diese abzubauen. Das gilt für Risiken, die volkswirtschaftlichen Charakter haben. Ich glaube aber, dass jenseits der Handelsstatistiken, wo vielleicht die Risiken kleiner erscheinen, in individuellen Fällen der Firmen, die Risiken durchaus auch größer sein können. Herr Cronenberg, sollte die Bundesregierung versuchen, mit einem neuen Ansatz Firmen in ein größeres Transparenzsystem hineinzubekommen, würden wir uns damit keinen Gefallen tun. Wir sprechen hier über technologisch wirklich sehr sensible Daten bei der Analyse von Risiken und technologischen Abhängigkeiten von China. Es geht hier nicht nur darum, uns im Wettbewerb gegen China zu schützen, sondern es geht auch darum, dass wir innereuropäisch im Wettbewerb sind, dass wir sensible Daten, die einzelne Wettbewerber im deutschen Markt wechselseitig haben, nicht transparent machen wollen. Und da neigen wir dazu, zu sagen, der Ansatz ist gut, sich um das Thema „Economic Security“ intensiver zu kümmern. Der Ansatz, Firmen in eine stärkere Transparenz hineinzuzwingen, wo es um eine Veröffentlichung von Daten geht, da wäre ich sehr, sehr vorsichtig. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Sie sind alle sehr vorbildlich, was die zeitlichen Vorgaben betrifft. Ich hoffe, das geht so weiter. Für die AfD hat das Fragerecht Dr. Malte Kaufmann.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen,

danke auch noch einmal an die Union, die die Anhörung initiiert hat! Ich glaube, das ist auch ganz wichtig, dass wir uns über dieses Thema im Rahmen einer Anhörung auseinandersetzen. Meine Frage geht an Prof. Hinz. Sie hatten vorhin ausgeführt, dass so ein plötzlicher Abbruch von Wirtschaftsbeziehungen mit China zwar schon schlimme Folgen hätte, aber nicht existenzgefährdend für unsere deutsche Wirtschaft wäre. Vielleicht könnten Sie da einmal ausführen, was Sie genau damit meinen, warum nicht – weil es schon einige Materialien gibt, wo China eine Monopolstellung einnimmt. Und dann ist es ja auch so, mit der wertegeleiteten Außenpolitik, es sind auch in vielen anderen Ländern Probleme, die mit Wirtschaftsbeziehungen einhergehen. Von daher würde mich interessieren, wie Ihre Strategie des De-Riskings aussieht.

SV **Prof. Dr. Julian Hinz** (Universität Bielefeld und Kiel Institut für Weltwirtschaft): Danke für die Frage. Zum Ersten, zur Einschätzung der wirtschaftlichen Effekte: Sollte es zu einem spontanen Decoupling kommen, in so einem Fall ist es so, dass es natürlich erst einmal relevant ist, wie bis dato die wirtschaftlichen Beziehungen gewesen sind. Dann hat es aber natürlich noch weiterführende Folgen. In dem Moment, in dem auf einmal irgendwelche wichtigen Vorprodukte nicht mehr verfügbar sind, können einzelne Unternehmen nicht mehr richtig produzieren. Das Gleiche würde in diesem Szenario, das wir modellieren, passieren. Es ist natürlich nicht ein Decoupling nur zwischen Deutschland und China, sondern es ist eine Blockbildung, auf einmal. Es ist der Westen gegen einen Block mit China, Russland und Verbündeten. Das heißt, auch von dort könnte man nicht mehr neue Produkte beziehen. Aber was eben auch passiert, ist, dass es in der kurzen Frist sehr schwierig für Unternehmen ist, dort zu agieren. Es hat wirklich große Effekte. Das Modell rechnet in einem plausiblen Fall mit einem kurzfristigen Rückgang von 5 Prozent der Wirtschaftsleistung, was enorm ist! Das ist vergleichbar mit der Finanzkrise. Aber das ist in einer sehr kurzen Frist. Auch hier sei gesagt, es ist nicht katastrophal, sondern es ist eine sehr, sehr schwere kurzfristige Rezession. Es ist aber auch so, dass es eine sehr spezifisch getriebene



Rezession ist. Es ist nicht vergleichbar mit der Finanzkrise. Dadurch kommt es dazu, dass Firmen darauf reagieren können und sich innerhalb der mittleren Frist umorientieren können. Natürlich gibt es sehr konkrete Abhängigkeiten bei einzelnen Produkten, aber auch hier, glaube ich, ist es sinnvoll, noch einmal genau das zu beleuchten. Was wir in der Studie zeigen können ist, dass, wenn wir es in dieser Simulation so machen, dass Produkte kaum ausgetauscht werden können, selbst dann wäre dieser initiale Rückgang nur 20 Prozent stärker – also 6 Prozentpunkte insgesamt an Rezession. Auch das wäre nicht katastrophal.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Esra Limbacher für die SPD-Fraktion, bitte.

Abg. **Esra Limbacher** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Dr. Huotari. Es ist sehr gut, dass wir heute über diese wichtigen Fragestellungen diskutieren können, insbesondere vor der wichtigen Reise unseres Bundeskanzlers, dies ermöglicht uns die Beratung der wirtschaftspolitischen Beziehungen mit unserem wichtigsten Handelspartner, nämlich der Volksrepublik China. Wir haben im letzten Jahr die China-Strategie der Bundesregierung diskutiert. Sie wurde Gott sei Dank verabschiedet. Können Sie vielleicht vor diesem wirtschaftspolitischen Hintergrund, vor dem wir heute diskutieren, einordnen, was für einen Fortschritt diese Strategie für Deutschland und Europa bedeutet?

SV **Dr. Mikko Huotari** (MERICS): Besten Dank, Herr Limbacher. Vielleicht auch hier eine kurze Vorbemerkung: Wenn wir von der Grundannahme ausgehen, dass China der wichtigste Handelspartner für Deutschland ist, dann ist das der Stand *jetzt*. Wir erwarten, dass sich das verschiebt in den nächsten ein bis zwei Jahren in Richtung der USA. Die Differenzierung zwischen Importen und Exporten scheint uns sehr wichtig. Das Niveau der Exporte Deutschlands geht derzeit recht deutlich zurück. Wenn das so weitergeht, dann ist China so wichtig wie die Schweiz für uns. Das ist natürlich weiterhin relevant. Zu Ihrer konkreten Frage: Die China-Strategie, auch die nationale Sicherheitsstrategie, haben ein aktives De-Risking betont, dabei den Anspruch formuliert, kritische Abhängigkeiten fortlaufend

zu analysieren. Ich glaube, in aller Umfassendheit ist dieser Anspruch nicht eingelöst, zumindest sind mir nicht die Prozesse, Mechanismen und Ergebnisse davon bekannt. Es gibt Bemühungen, Kapazität aufzubauen in den diversen Ministerien, BMWK, BMF, im Auswärtigen Amt, aber dass wir derzeit einen integrierten Ansatz der Analyse und Bearbeitung der Herausforderungen kritischer Abhängigkeiten in Deutschland haben, das können wir, glaube ich, nicht mit gutem Gewissen behaupten. Trotzdem sind deutliche Fortschritte gemacht worden, was den Kapazitätsaufbau angeht, was auch das Bewusstsein, die Sprache und das Erkennen der Herausforderungen angeht. Ich glaube, wenn wir die Analysen von Experten oder auch Institutionen aus dem Dunstkreis der Bundesregierung annehmen, ist klar, dass der Handlungsdruck aber eher gewachsen ist. Die Bundesbank schrieb vor wenigen Wochen: „Unternehmen und Politik sollten weiter Anstrengungen unternehmen, um die Widerstandsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zu stärken“. Kollege Matthes vom IW sagt, er könne kein nennenswertes strukturelles De-Risking der deutschen Wirtschaft erkennen. Also, es gibt Fortschritte durch die China-Strategie und andere Bemühungen der Ministerien, aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Das ist wirklich ein interessanter Einblick, jedenfalls aus meiner persönlichen Sicht. Ich hätte das alles ein bisschen anders eingeschätzt, aber ich habe nicht so viel Sachverstand wie Sie. Wir machen weiter in der Befragung mit Stefan Rouenhoff für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Prof. Dr. Hinz. Mich würde vor allen Dingen interessieren, in welchen Sektoren, in welchen konkreten Bereichen Sie besondere Abhängigkeiten sehen. Und Dr. Huotari hat gerade gesagt, dass Unternehmen eine Diversifizierungsstrategie, ein De-Risking nicht so betrieben haben. Wie beurteilen Sie, wie bewerten Sie die Lage in der deutschen Wirtschaft? Gibt es dort Erkenntnisse zur Diversifikation von großen, aber auch von



kleinen und mittleren Unternehmen? Danke schön.

SV Prof. Dr. Julian Hinz (Universität Bielefeld und Kiel Institut für Weltwirtschaft): Herzlichen Dank für die Frage. Vielleicht fange ich von hinten an und sage etwas zu der grundsätzlichen Wichtigkeit. Wie hat sich das über die letzten Jahre entwickelt? Gab es schon eine Form von De-Risking? Und ohne da jetzt auf eine Unternehmensstruktur eingehen zu können, muss man auch sagen, datenseitig ist es so, dass der Anteil Chinas an den deutschen Importen in den letzten zehn Jahren recht konstant war. Seit der Öffnung Chinas und dem WTO-Beitritt gab es einen starken Anstieg, aber seit 2015 ist es relativ stabil, was ja vielleicht auch ganz interessant ist und schon darauf hindeutet, dass es nicht grundsätzlich zu einer massiven Expansion Chinas kam, sondern eher auch vielleicht, dass deutsche Unternehmen schon in den letzten Jahren etwas verhaltener waren – das, wie schon gesagt, ohne spezifisch auf Unternehmen eingehen zu können. Der zweite Punkt: Das ist sehr heterogen über Unternehmensgrößen und auch über Sektoren, wie die Abhängigkeit oder die Verbundenheit mit China ist, sowohl bei Importen als auch bei Exporten. Das müsste man sich wirklich konkret anschauen. Das kann man so nicht sagen, auch hier ist es datenseitig, was Unternehmensdaten für Deutschland angeht, extrem schwierig, überhaupt arbeiten zu können. Zu Ihrem allerersten Punkt: In welchen Sektoren ist diese Abhängigkeit von China relevant? Es gibt natürlich die von der EU definierten strategischen Importprodukte. Da ist es so, dass für Deutschland das Bild grundsätzlich recht ähnlich ist wie das für die EU. Aber auch hier sei gesagt, dass es im Fall eines Kappens von Handelsbeziehungen nicht so wäre, dass es zu einem Totalausfall käme. Denn auch bei den Gütern, die dort von der EU als solche gekennzeichnet sind, gibt es schon andere Produzenten. Es gibt bei keinem dieser Produkte ein Monopol Chinas. Wenn man sich das anschaut über die unterschiedlichen Sektoren, so ist China für unterschiedliche Sektoren unterschiedlich wichtig. Für die Gesamtwirtschaft wiederum sind die Sektoren, die sehr große Exposure nach China haben, allerdings sehr klein. Deswegen kommt es im

Mittel zu dieser recht niedrigen einstelligen Prozentzahl.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Markus Töns fragt für die SPD-Fraktion.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn König. Und zwar beschäftige ich mich mit der Frage, welche Rahmenbedingungen und Handlungsmaximen sind für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China wichtig? Hier ist der Hintergrund für mich die Frage: Was können wir in der EU und auch in den Mitgliedstaaten tun, um diese Rahmenbedingungen zu schaffen, zu schützen, also ein Level Playing Field zu schaffen? Ein Stichwort ist hierbei beispielsweise die Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes, aber auch die Frage, was mit dem Comprehensive Agreement on Investment ist, ob man das weiter vorantreiben soll oder ob das weiterhin eher ausgeschlossen ist.

Der **Vorsitzende**: Schauen wir mal, ob wir Alaska hören können. Und ob Sie uns in Alaska gehört haben!

SV Thomas König (DIHK): Ich habe Sie gehört. Und ganz herzlichen Dank für die Frage und vielen Dank für die Möglichkeit, heute mit Ihnen zu sprechen. Ich hoffe, Sie hören mich. – Ja, gut, wunderbar. Um ganz konkret auf Ihre Frage einzugehen, was das CAI, also das Comprehensive Agreement on Investment, angeht, da will ich nur ganz kurz sagen, das sollten wir weiterhin schlafen lassen und zukunftsgerichtet einfach nach vorne schauen, wie wir wirtschaftsnahe Lösungen finden können. Meine Antwort hat zwei Teilaspekte. Ich würde sagen, dass wir uns auf folgende Aspekte besonders fokussieren sollten, nämlich, wenn es jetzt um die Unterstützung der Bundesregierung geht, möchte ich sagen, – auch im Interesse der Unternehmen – dass die Entscheidung über die Ausgestaltung von Lieferketten, also über Lieferanten oder neue Betriebsniederlassungen, unternehmerische Entscheidungen bleiben müssen. Natürlich teilt die DIHK das Ziel von einem nachhaltigen und verantwortungsvollen unternehmerischen Handeln in globalen Wertschöpfungsketten. Und wir erkennen natürlich auch die Wichtigkeit des Lieferketten-



Sorgfaltspflichtengesetzes an. Aber momentan sind natürlich viele Unternehmen davon betroffen, dass sie mit großer Rechtsunsicherheit zu kämpfen haben, mit erhöhter Bürokratie und kaum kalkulierbaren Risiken. Stattdessen wäre es wichtiger, dass wir tatsächlich – und ich glaube, da stimme ich allen Vorrednern zu – die strategischen Abhängigkeiten bei Rohstoffen oder wichtigen Vorprodukten identifizieren und wir das systematisch erarbeiten. Da stimme ich Herrn Huotari zu, das ist noch nicht der Fall, sondern wir haben immer nur punktuelle Studien dazu. Wichtig ist auch, aufbauend auf die nationale Sicherheitsstrategie, dass wir eine klare Definition von nationalen Sicherheitsrisiken in den Wirtschaftsbeziehungen haben. Ich denke da natürlich an das Thema Cosco und Hafen Hamburg und die mögliche Beteiligung daran und die Herausforderung, die das eben kriert hat, indem nämlich nicht ganz klar definiert wurde, was nun kritische Infrastruktur ist oder nicht. Die Hafenstrategie versuchte das jetzt ein bisschen anzudressieren, aber auch hier fehlt es dann letztendlich auch an der Finanzierung – aber es ist auf jeden Fall ein richtiger Schritt gewesen. Ganz konkretes Thema auch, ich möchte es nur mal ansprechen, sind die Überkapazitäten und die Belastung der deutschen Unternehmen, weil die Überkapazitäten aus dem asiatischen Raum vor allem in Sachen Produktionssicherheit, Sozial- und Umweltstandards eine große Herausforderung darstellen, weil einfach die Direktvertriebsmodelle aus China den europäischen Binnenmarkt momentan mit einer Milliarde Kleinwaren-Sendungen pro Jahr überschwemmen. Hier muss auf jeden Fall Einhalt geboten werden, und das wäre zum Beispiel auch ein Thema, das man angehen kann. Und abgesehen vom Ausbau der wirtschaftlichen Resilienz und Diversifizierung, das haben wir besprochen, ist aber auch ein Faktor noch ganz wichtig für mich. Wir müssen an den Standort Deutschland denken.

Der **Vorsitzende**: Das ist ein gutes Schlusswort, das ist auch unser Wunsch. Sie kommen, glaube ich, nachher auch noch mal zu Wort mit Blick auf den Standort Deutschland. Zurzeit hat das Wort die Kollegin Dr. Detzer. Vielen Dank nach Alaska erst einmal.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Rühlig. Sie hatten ausgeführt, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten zum Problem werden können, insbesondere, weil wir wissen, dass China auch bereit ist, dann Zwangsmaßnahmen einzuleiten. Wir haben das im Inselstreit mit Japan um Rohstoffe gesehen, 2010, aber auch jüngst gegenüber Litauen in einer politischen Auseinandersetzung. Deswegen die konkrete Frage an Sie: Warum müssen wir dringend unsere Wirtschaftssicherheit im deutschen und europäischen Kontext erhöhen? Welche konkreten Risiken ergeben sich aus den bisher bestehenden Abhängigkeiten?

SV **Dr. Tim Nicholas Rühlig** (Europäische Kommission): Ja, vielen Dank. In der Tat, ich glaube, es geht tatsächlich darum, im europäischen Rahmen zu handeln. Sie haben es angesprochen. Eine zentrale Herausforderung ist in der Tat, dass China bereit ist, politisches Kapital aus den Abhängigkeiten zu schlagen. Wir haben am Beispiel Russland, bei unseren Abhängigkeiten von Energie aus Russland, gesehen, was das zur Folge haben kann. Und die Abhängigkeiten von China sind eben weit komplexer. Man kann darüber streiten, ob sie gravierender sind oder nicht, aber sie sind auf jeden Fall komplexer. Deswegen geht es eben sehr stark darum, sie genau zu verstehen. Hier hat, glaube ich, Mikko Huotari bereits sehr richtig darauf hingewiesen, dass wir Ressourcen ausbauen müssen, national, aber natürlich im europäischen Rahmen handeln und da mit gutem Beispiel als Deutschland vorausgehen. Aus meiner Sicht geht es in dem Zusammenhang schon um einen weiteren Aufbau von qualifiziertem Personal. Aber ich glaube, es geht schon auch, das ist aus der Äußerung von Herrn König nochmals deutlich geworden, um einen vertrauensvollen Informationsaustausch mit der Wirtschaft. Auch da muss man sicherlich schauen, wie man das angehen kann. Letztlich muss sich unsere Antwort darauf aus dem europäischen Dreiklang aus „promote, protect and partner“ ergeben. Und nochmals zu dieser Analysefähigkeit vielleicht der Hinweis: Die Abhängigkeiten sind wirklich hochkomplex. Die US-amerikanische Administration hat im



Rahmen des amerikanischen Chips Act zur Analyse und gezielten Investition und Umsetzung etwa 500 Personen, neues qualifiziertes Personal, eingestellt, um die Risiken zu verstehen und um zu verstehen, wie man das dann in den Antworten auch umsetzt. Da sind wir als Europa nicht! Japan hat ein ganzes Ministerium für Wirtschaftssicherheit geschaffen. Da sind wir nicht. Das müssen wir vielleicht auch nicht. Aber zu schauen, wie wir Ressourcen auf die Straße bringen, wie wir gut mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und wie Deutschland proaktiv an den europäischen Bemühungen mitwirken kann, das halte ich für ausgesprochen zentral.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Rühlig, Stefan Rouenhoff für die CDU zum Zweiten – der gar nicht da ist. Jetzt ist er überrascht – Dann bekommt der Kollege Kuban das Wort.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär. Meine Fragen richten sich an Frau Dr. Jungbluth. Erstens: Es wurde eben schon sehr umfassend beschrieben, dass es eine weitere strategische Aufbereitung braucht. Und man muss ja manchmal auch mal über den Tellerrand hinausblicken. Jetzt haben die Amerikaner die US-China Economic and Security Review Commission eingerichtet. Welche Lehren ziehen Sie aus der bisherigen Arbeit, die dort getätigt worden ist? Und würden Sie so eine vorgeschlagene Kommission auch für Deutschland für richtig erachten? Und zweitens: Vielleicht können Sie uns noch einmal mitnehmen: Die wirtschaftspolitische Lage hier in Deutschland ist bekannt, aber wie sich die Prognosen in China entwickeln, wirtschaftspolitisch oder wirtschaftlich, da würde mich Ihre Einschätzung sehr interessieren.

SVe **Dr. Cora Francisca Jungbluth** (Bertelsmann Stiftung): Ganz herzlichen Dank für die Frage, Herr Kuban. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank auch für die Einladung. Ich spreche ebenfalls in meiner persönlichen Kapazität als Expertin. Ich möchte nochmals – ganz wichtig – den Punkt vorausschicken, dass China aus Sicht der EU und Deutschland Partner, Wettbewerber und

Systemrivale ist. Und gerade der letzte Punkt ist ja der Grund, weshalb wir uns so intensiv mit den kritischen strategischen Abhängigkeiten beschäftigen, die ausgenutzt werden können, um politische Ziele zu erreichen. Es wurde ja gerade schon öfters erwähnt: Wir müssen mehr Kapazitäten aufbauen in Deutschland und in der Europäischen Union, um die Analyse der Abhängigkeiten zu systematisieren und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Da könnte die vorgeschlagene Kommission eine wichtige Rolle spielen, um den politischen Entscheidungsfindungsprozess besser zu informieren und eine Systematisierung der punktuell vorhandenen Studien, insbesondere zu den gesamtwirtschaftlichen Abhängigkeiten, zu erreichen. Noch zu dem Punkt der Kommission, die sich in den USA konstituiert hat: Mit der haben wir uns seitens der Bertelsmann Stiftung letztes Jahr ausgetauscht. Diese Kommission führt regelmäßig Fact-Finding-Missions mit gleichgesinnten Partnern durch, um zu verstehen, wie diese mit den sicherheitsrelevanten Aspekten in Wirtschaftsbeziehungen zu China umgehen. Sie ist besetzt mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen. Und das wäre durchaus ein Orientierungspunkt für Deutschland, um an dem Thema weiter und systematischer zu arbeiten, Expertinnen und Experten stärker einzubinden. China selbst betreibt – zur zweiten Frage – eine De-Risking-Strategie. Die hat schon vorher angefangen, bevor sich der politische Westen damit auseinandergesetzt hat. Zu nennen wäre zum Beispiel „Made in China 2025“, wo das Ziel ist, die Abhängigkeit Chinas von ausländischer Technologie zu verringern, im Gegenzug aber möglichst die Abhängigkeit von China zu erhöhen. Auch das Konzept „Dual Circulation“, das einen sehr starken Fokus auf die Stärkung der Binnenwirtschaft legt, bei gleichzeitiger Reduzierung der Abhängigkeiten vom Ausland, insbesondere dem westlichen Ausland, ist hier zu nennen.

Der **Vorsitzende**: Das war eine Punktlandung. Herzlichen Dank, Frau Dr. Jungbluth. Das Fragerecht geht an die FDP. Der Kollege Cronenberg hat das Wort.

Abg. **Carl-Julius Cronenberg** (FDP): Vielen



Dank, Herr Vorsitzender. Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Strack, BDI, und knüpft an die Frage von Herrn Kuban an. Die USA setzen das Instrument der Investitionskontrolle bei Outgoing Investments ein. Ist es da aus Sicht des BDI nicht naheliegend, dass Deutschland beziehungsweise die EU ebenfalls ein neues Instrument zur Kontrolle von Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland einführen? Oder sind mögliche Risiken bereits über bestehende Exportkontrollrechte abgedeckt?

SV Friedolin Strack (BDI): Vielen Dank. Ich sehe in der Tat deutliche Unterschiede zwischen den USA und der EU, insbesondere Deutschland. In den USA war einer der Haupttreiber für ein Outbound Investment Screening die hohe Aktivität von US-Investment-Fonds, insbesondere im Bereich Venture Capital, mit einer hohen Aktivität in China, für die die US-Regierung eine ganz geringe Transparenz hatte. Und der Hauptantrieb war, diese Aktivitäten zumindest einmal besser erfassen zu können. Diese Notwendigkeit besteht für Deutschland, ich würde sagen, gar nicht, weil unsere Investitionen in China zu 90 Prozent Direktinvestitionen der deutschen Industrie sind. Für diese Investitionen haben wir eine Meldepflicht bei der Deutschen Bundesbank. Die Daten liegen vor und sind extrem transparent bis hin zu einer Branchenaufschlüsselung und der Zahl der Arbeitsplätze. Aus unserer Sicht ist im Bereich Outbound Investment Screening über die deutsche Exportkontrollregelung durchaus alles abdeckbar, was den Transfer sensibler Technologien anbelangt. Denn die Exportkontrolle umfasst – Herr Kellner, Sie wissen das besser als ich – ja nicht nur Technologie, die wir an Kunden im Ausland liefern, sondern sie umfasst auch Technologien, die deutsche Firmen an ihre Niederlassungen in China liefert. Von daher haben wir eine weitgehende Kontrolle. Ich würde aber gern noch das halbleere Glas von Mikko Huotari etwas korrigieren. Für mich ist das Glas halb voll! Im Bereich Rohstoffe wissen wir um die Abhängigkeiten und es gibt erste Schritte wie beispielsweise den neuen Rohstofffonds des BMWK, der uns hilft, jenseits von Marktmechanismen aktiver zu werden. Ich weiß

von Beispielen, wo Firmen in der Tat angefangen haben, Lieferketten weg von China zu diversifizieren, wissend, dass es ihnen höhere Kosten verursacht. Beispielsweise mit Partnern in Japan. Die Firmen nehmen höhere Kosten in Kauf, wenn sie damit Risiken verringern können. Bei Investitionen in China haben wir unter anderem die Deckelung bei den Investitions Garantien und wir haben auch in einer gemeinsamen Studie mit Bertelsmann Stiftung, IW Köln und MERICS, die wir letztes Jahr veröffentlicht haben, festgestellt, dass die Risiken bei den deutschen Investitionen in China volkswirtschaftlich relativ gering sind, weil sie sich fast zu 100 Prozent aus den Gewinnen in China speisen und damit volkswirtschaftlich keinen besonderen Risikofaktor darstellen. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Interessanter Hinweis! Esra Limbacher nochmals für die Sozialdemokraten.

Abg. Esra Limbacher (SPD): Herzlichen Dank. Ich würde nochmals die Breitbandverbindung nach Alaska testen und Herrn König zu dem konkreten Vorschlag in dem Antrag der Union fragen. Inwiefern braucht es aus Ihrer Sicht eine weitere parlamentarische Institution zur Untersuchung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen? Oder ist es nicht sinnvoller, den deutschen Wirtschaftsstandort und die Wirtschaft mit konkreten Maßnahmen in ihren De-Risking-Strategien zu unterstützen? Vielen Dank.

SV Thomas König (DIHK): Ganz herzlichen Dank für die Frage. Aufbauend auf meine letzte Antwort, was die Standortfaktoren in Deutschland angeht, in aller Kürze: Wir halten die Einsetzung der Kommission für nicht unbedingt notwendig. Die generelle Idee ist sehr nachvollziehbar. Aber es geht jetzt wirklich darum, den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähiger zu machen, denn ein zukunftsfähiger wirtschaftsnaher Umgang mit China erfordert eine selbstbewusste Stärkung von Standortfaktoren in Deutschland. Wir als DIHK haben Anfang 2024 die Ergebnisse unserer alljährlichen Standortumfrage vorgestellt. Da haben wir festgestellt, dass seit der ersten Erhebung im Jahr 2008 die Rahmenbedingungen für die industrielle



Produktion noch nie so schlecht gewesen sind wie derzeit. Auf einer Schulnoten-Skala von 1 bis 6 bewerteten die Unternehmen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit einer 4,8 – also mangelhaft. Es ist ganz klar: Eine Folge dieser verbesserungswürdigen Standortbedingungen in Deutschland ist, dass notwendige Investitionen der Unternehmen ausbleiben oder an anderen Standorten getätigt werden. Das müssen wir ernst nehmen und auch die Dringlichkeit anerkennen. Insofern muss ich auch noch einmal aufgreifen, was Herr Strack gesagt hat: Wir müssen auch immer daran denken, auch die Informationen und die Daten der jeweiligen Unternehmen zu schützen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass wir wirtschaftsnah handeln, und deswegen ist letztendlich eine Kommission und ein bürokratischer Aufwand mit noch mehr Herausforderungen für Unternehmen, die sowieso schon belastet sind – ich habe das Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz auch angesprochen – letztendlich nicht zielführend. Wir sollten Bürokratieabbau machen. Wir sollten den Standort Deutschland generell fördern. Wir sollten in Bildung, wir sollten in China-Kompetenz-Förderung investieren. Es gibt sehr viele Anhaltspunkte, wo wir anknüpfen können, um Deutschland da auch zukunftsfähiger und auch wettbewerbsfähiger mit China zu machen. Wichtig ist mir auch noch einmal zu sagen, die deutschen Unternehmen scheuen nicht den Wettbewerb mit China, solange er fair ist. Dafür müssen wir uns einsetzen. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch dafür sorgen, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Und da könnte man sich tatsächlich, wenn wir uns die Statistik angucken, durchaus Sorgen machen, dass dem nicht immer so ist. Deswegen in aller Kürze: Die Kommission, so wie sie dargestellt ist, ist nicht unbedingt, glaube ich, so wirtschaftsnah, wie wir uns das gerne wünschen würden, aus Sicht der DIHK. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr König. Die nächste Frage geht an die CDU/CSU-Fraktion. Der Kollege Rouenhoff vertritt den Kollegen Loos.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Frau Dr. Jungbluth. Sie haben zu der

Bedeutung von Gewinnen deutscher Unternehmen in China geforscht. Mich würde interessieren, wie Ihre Erkenntnisse dort sind und wie Sie die Investitionen großer deutscher DAX-Unternehmen in China beurteilen.

SVe **Dr. Cora Francisca Jungbluth** (Bertelsmann Stiftung): Vielen Dank für die Frage. Dabei handelt es sich um die Studie, die wir unter anderem mit MERICS, IW Köln und BDI letztes Jahr zusammen erstellt haben. Wir konnten da zeigen, dass, eigentlich analog zu den Handelsbeziehungen, die Effekte von Investitionen in China auf gesamtwirtschaftlicher Ebene keine sehr großen Abhängigkeiten erzeugen. Es ist aber auch bekannt, dass es für einzelne Sektoren, Unternehmen, anders aussieht, dass wir es da mit Klumpenrisiken zu tun haben, die noch nicht sehr gut erforscht sind. Herr Hinz ist schon auf die Frage nach dem Zugang zu Unternehmensdaten eingegangen. Das Thema ist schon öfter aufgekommen. Und da sehe ich jetzt noch durchaus Handlungsbedarf, denn Risiken für einzelne Unternehmen und Sektoren können sich auch zum gesamtwirtschaftlichen Risiko entwickeln, obgleich die Investitionen insgesamt keines darstellen. Und das könnte auch eine Aufgabe einer möglichen Kommission sein, da noch stärker reinzugehen und herauszufinden, inwiefern es doch möglich ist, Zugang zu bestimmten Unternehmensdaten zu gewinnen, möglicherweise auch in einem nicht-öffentlichen Format. Denn in den letzten Jahren gab es viele Analysen zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Abhängigkeiten. Aber je näher man sich mit dem Thema beschäftigt, je tiefer man einsteigt, desto klarer wird: Es ist notwendig, auch Zugang zu Unternehmensdaten zu bekommen und zu analysieren, wo genau liegen denn die Risiken? Was lässt sich tun? Und es ist für die politische Entscheidungsfindung sehr wichtig, evidenzbasiert zu agieren, um entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, gerade mit Blick auf Investitionen im Ausland. Da sehe ich Handlungsbedarf, was die Datenverfügbarkeit angeht. Und da ist, um politische Entscheidungen zu treffen, eine Verbesserung der Datengrundlage notwendig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau



Dr. Jungbluth. Wir lernen hier permanent, dass die Daten natürlich immer wichtiger werden. Vielleicht müssen wir diese Austarierung mit Datennutzung, Datenschutz in Deutschland auch noch einmal diskutieren, auf verschiedenen politischen Ebenen. Die Gruppe Die Linke hat jetzt das Fragerecht, das einmalige in diesem Fall. Herr Kollege Cezanne, bitte.

Abg. **Jörg Cezanne** (Die Linke): Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne Herrn Rühlig etwas fragen. Sie haben aus meiner Sicht die politischste Stellungnahme hier vorgelegt. Ich verstehe sofort, dass es Abhängigkeiten zum Beispiel bei Rohstoffen und dergleichen gibt, die problematisch werden könnten. Da finde ich die bekannten Zahlen schon klar. Aber da das Ganze sich vor der Verschiebung eines internationalen Kräfteverhältnisses abspielt, wäre denn nicht eine gemeinsame Initiative der entwickelten Industriestaaten unter Einschluss von China zu, sage ich mal, einer Reform der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mindestens als Begleitmaßnahme zu dem, was jetzt hier diskutiert wird, notwendig oder eigentlich sogar zielführender als das jetzt im Wesentlichen, wie soll ich sagen, wie so eine Art Wirtschaftskrieg zu inszenieren? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Dr. Rühlig!

SV **Dr. Tim Nicholas Rühlig** (Europäische Kommission): Vielen Dank. Das ist fraglos eine berechtigte Frage. Der Punkt ist, wir sind natürlich mit einer kooperativen Politik gegenüber China und mit China an vielen Stellen auch viele Jahre sehr gut gefahren im Sinne von, es hat den Wohlstand mit Sicherheit in beiden Ländern gemehrt. Für das, was Sie vorschlagen, ist ein Stück weit natürlich Voraussetzung, dass alle Seiten ein gemeinsames Interesse daran haben, einschließlich der Volksrepublik China selbst. Und das ist vorhin schon in dem Statement eines anderen Experten oder einer anderen Expertin mit angeklungen, dass China selbst eine sehr starke De-Risking-Politik betreibt. „Sicherheit“ als ein zentrales Motiv wird immer größer geschrieben in China. „Sicherheit“ bezieht sich auch auf wirtschaftliche Sicherheit, wirtschaftliche Abhängigkeiten zu adressieren. Insofern findet in China selbst eine zunehmende

Gewichtung hin zu sicherheitspolitischen Fragen statt, die dann eine stärkere Gewichtung, als Fragen wirtschaftlicher Entwicklung haben. Das betrifft das Thema duale Zirkulation, in dem Kontext ist es benannt worden, und auch das Ziel, ein höheres Ausmaß an Selbstversorgung in China zu ermöglichen, will heißen: China macht hier einen Prozess, im Übrigen schon sehr viel länger als wir und sehr viel konsequenter als wir, auch sehr viel länger und konsequenter als die USA, was mich zweifeln lässt, ob einfach das politische Kapital da ist, ob der politische Wille und die politische Opportunität da sind, das zu tun, was Sie hier vorschlagen, gemeinsam mit China.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Kollege Dr. Kaufmann für die AfD.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine zweite Frage geht an Herrn König. Sie hatten gerade schon das Thema Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz von selbst angesprochen. Jetzt haben sich Ihr Hauptgeschäftsführer von der DIHK, Martin Wansleben, und auch der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer, Achim Dercks, sowie der Präsident Peter Adrian, alle in verschiedenen Pressemitteilungen für eine Überarbeitung des Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetzes auf nationaler und auch auf europäischer Ebene ausgesprochen. Auch in der vorliegenden Stellungnahme auf Seite 2, da schreiben Sie: „Entscheidungen über die Ausgestaltung von Lieferketten, also über Lieferanten oder neue Betriebsniederlassungen, müssen unternehmerische Entscheidungen bleiben.“ Jetzt die Frage: Wie sollte nach Ihrer Ansicht so eine Überarbeitung der bestehenden Lieferkettengesetzgebung unter Berücksichtigung der Aussagen, die ich genannt habe, ausgestaltet sein? Und zielt Ihre Aussage nicht vielmehr auf eine Abschaffung des Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetzes ab?

SV **Thomas König** (DIHK): Herzlichen Dank für die Frage. Um konkret auf den letzten Teil Ihrer Frage zu antworten, wie könnte man das Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz umgestalten: Vielleicht erst einmal den Namen kürzen! Ich kann Ihnen vor allem sagen, was die Unternehmen uns sagen. Die Belastung der Unternehmen ist vor allem der



Bürokratieaufwand und die unklaren Regelungen, die damit verbunden sind, beziehungsweise einfach die Problematik der Umsetzung. Ich kann Ihnen aus dem Fall mit China natürlich sagen, dass viele Unternehmen tatsächlich damit zu kämpfen haben, dass, selbst wenn sie proaktiv versuchen, mit chinesischen Partnern über das Gesetz zu sprechen, die chinesische Seite einfach sagt, dass nach chinesischer Auffassung keine Menschenrechtsverletzungen vorliegen und dementsprechend das Gesetz einfach nicht gültig ist. Das heißt, es gibt da wirklich Aufklärungsarbeit, die man erst einmal tätigen muss, damit man überhaupt auf der gleichen rechtlichen Ebene aktiv ist. Wir als DIHK sind auch schon im Dialog mit dem BMAS und dem BMZ und natürlich auch dem BAFA, um zu gucken, wie man auch noch mal nacharbeiten kann oder wie man auch zumindest die Unternehmen besser unterstützen kann, beziehungsweise wie man auch zumindest im konkreten Fall von China dafür sorgen kann, dass man eben mit gleichen Karten spielt, weil das momentan nicht der Fall ist. Da geht es vielleicht jetzt konkret gar nicht um die radikale Abschaffung oder die radikale Umänderung des Gesetzes, aber um eine ganz klare Sensibilisierung, denn da muss man auch Aufklärungsarbeit tätigen, weil wir ja auch kein „Bemühungsgesetz“ haben wollen, sondern wir möchten ein Gesetz haben, das auch tatsächlich einen positiven Effekt hat auf die Ausgestaltung von Lieferketten. Und da, glaube ich, geht das eben nur, wenn man vor allem im Fall mit China dafür sorgt, dass auch verstanden wird, was man mit dem Gesetz erreichen will und dass man die Chinesen in der Hinsicht abholt, dass man dort auch versteht, was da passiert. Unser Vorschlag ist deswegen: Auch mit der Lokalregierung wirkliche Aufklärungsarbeit machen! Das heißt, man muss noch sehr viel mehr Hausaufgaben machen und sehr viel mehr Zeit damit verbringen, dieses Gesetz wirklich zu erklären. Es reicht nicht nur einfach zu sagen, das ist jetzt Gesetz und jetzt muss China in dem Fall kuscheln, sondern man muss das einfach nochmals „einmassieren“.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Chantal Kopf, bitte.

Abg. **Chantal Kopf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Rühlig. Sie haben vorhin sehr stark betont, dass wir im europäischen Rahmen handeln müssen. Und in der Tat mache ich mir etwas Sorgen, dass unterschiedliche nationale De-Risking-Strategien innerhalb der EU ein potenzieller Spaltpilz sein könnten. China weiß relativ genau, wie man europäische Mitgliedstaaten ein Stück weit gegeneinander ausspielen kann, wo die jeweiligen Vulnerabilitäten und Interessen liegen, und es sucht auch sehr stark das bilaterale Gespräch mit Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union, wie zum Beispiel der Besuch des Handelsministers in Frankreich zeigt. Deswegen ist meine Frage an Sie, was denn notwendig ist, um zu einer gemeinsamen, koordinierten europäischen Strategie zu kommen, sodass wir unserem Souveränitätsanspruch gemeinsam gerecht werden.

SV **Dr. Tim Nicholas Rühlig** (Europäische Kommission): Vielen Dank. Das ist in der Tat eine ausgesprochen herausfordernde Angelegenheit. Worauf Sie berechtigterweise hingewiesen haben, pflegt China bilaterale Beziehungen zu verschiedenen Staaten der Europäischen Union. Das ist natürlich auch ihr gutes Recht und es ist sozusagen unsere Hausaufgabe und unser Problem, wenn wir hier nicht mit einer geeinten Stimme sprechen. Nun hat die Europäische Union mit der Wirtschaftssicherheitsstrategie erst einmal Leitlinien gesetzt. Diese Wirtschaftssicherheitsstrategie liest sich, wenn man sich das Dokument anschaut, ein Stück weit natürlich in erster Linie als eine Erklärung oder als ein Rahmen, der sehr viel einordnet, was auch schon geschehen ist. Aber zugleich sehen wir, dass die Europäische Kommission schrittweise weitere Umsetzungsschritte geht, Analyseschritte geht. Das derzeit laufende oder ein Stück weit abgeschlossene Verfahren bezog sich auf vier kritische Technologien. Was, glaube ich, ausgesprochen zentral ist in diesem Rahmen: Es geht nicht darum, das Rad ganz neu zu erfinden, sondern worum es geht, ist, dass diese Initiativen, die auf diese Wirtschaftssicherheitsstrategie folgen, dass die nun ausgesprochen aktiv auch von den



Mitgliedstaaten unterstützt werden. In diesem gerade genannten Fall der vier Technologien sind entsprechend auch Anfragen an die Mitgliedstaaten ergangen, um Informationen und Daten aus den Mitgliedstaaten zu sammeln. Und das sind, glaube ich, tatsächlich die Prozesse, in die sich Deutschland und alle anderen Staaten sehr aktiv einbringen müssen, in der Hoffnung, dass eine gemeinsame Analyse und gemeinsames Verständnis und gemeinsame Datengrundlagen dann dazu führen, dass man tatsächlich im Rat, im Rahmen der verschiedenen Mitgliedstaaten, auch zu einer gemeinsamen Linie kommen muss. Die große Herausforderung aus meiner Sicht betrifft tatsächlich nicht nur die Fragen wirtschaftlicher Sicherheit oder eine fehlende Einigung auf EU-Ebene, sondern ist, dass wir keine parallelen Außenpolitiken mit China in den Mitgliedstaaten fahren.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Markus Töns für die SPD.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Bezogen auf die letzte Frage und die Antwort würde ich doch gerne nochmals Dr. Huotari fragen. Und zwar, die Handelskompetenz liegt auf Ebene der Europäischen Union. Wir haben aber kein faires Level Playing Field zwischen China und der Europäischen Union. Das ist gestört durch die chinesische Politik, die sich in den letzten Jahren erheblich verändert hat. Wie können wir denn zu einem fairen Level Playing Field kommen? Und wie sollte das gestaltet sein? Wer sollte da eigentlich der Akteur sein? Die Mitgliedstaaten oder im Prinzip die Europäische Union, die Kommission?

SV **Dr. Mikko Huotari** (MERICS): Vielen Dank für die Frage. Es ist erst einmal richtig, dass die Handelspolitik in Brüssel gesteuert und koordiniert wird. Die Bemühungen zur Herstellung von Reziprozität – Level Playing Field – sind in den letzten Jahren durchaus gegenüber China nicht mit großem Erfolg gezeitigt gewesen. Insofern ist, glaube ich, der Punkt hier, dass – ich verstehe Herrn Rühlig so – auch wenn ich Nationalstaaten eine eigene Außenpolitik zugestehen würde, es zumindest in *den* Fragen notwendig ist, dass der Bundeskanzler und der französische Präsident den gleichen Ton wählen und die gleichen

Interessen vertreten, nämlich, dass europäische Handelsschutzinstrumente, wenn wir in Brüssel zu dem Schluss gekommen sind, dass sie eingesetzt werden sollen, dann auch eingesetzt und umgesetzt werden. Ich glaube, bei dem Thema, das ist Ihnen gut bekannt, hat die Kommission zuletzt eine härtere Gangart gewählt, Trade Chief Enforcer eingesetzt. Wir haben neue Instrumente, die gegenüber China jetzt auch zum Einsatz kommen: das International-Procurement-Instrument oder das Anti-Subsidies-Instrument. Ich glaube, die nüchterne Analyse der letzten 10, 15 Jahre Handelspolitik gegenüber China muss zeigen, dass wir nur mit dieser gebündelten Stärke tatsächlich eigene und auch deutsche Interessen durchsetzen können. Das wird Ihnen im Bundestag in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich mit Blick auf die Frage Subsidies, Investigationen im Bereich EV [Electric Vehicles] noch Sorgen bereiten, weil genau da das Spannungsfeld deutsche Interessen vs. europäischer Prozess, der gestartet worden ist, ganz eklatant zutage tritt. Und hier zu kalibrieren zwischen dem, was europäische Einigkeit herstellt, und dem, was zumindest aus der deutschen Automobilindustrie dem Kanzleramt angetragen wird mit Blick auf deren eigene Interessen, das läuft im Moment auseinander. Das ist eine Ausgangslage, da sollten wir nicht wieder, wie vor zehn Jahren, wo wir das gleiche im Fall der Solarindustrie hatten, europäisch uneinig auftreten. Auch im Bundestag, glaube ich, ist es notwendig, dass wir hier die Priorisierung vornehmen. Aus meiner Sicht liegt sie beim europäischen Prozess.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Tilman Kuban für die CDU/CSU.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Herr Staatssekretär. Es würde mich jucken, jetzt viel zum Umgang des Bundeskanzlers mit Herrn Macron zu sagen. Aber ich will mir das sparen. Ich würde trotzdem gerne noch einmal Dr. Huotari fragen. MERICS hat in der Vergangenheit ja auch häufig bemängelt, dass wir im Bundestag zu wenige grundsätzliche Debatten zu den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen führen. Und ich möchte mich deswegen auch noch



einmal auf die Kommission, die vorgeschlagen wurde, beziehen. Wie stehen Sie dazu, solche strategischen Debatten über diese Kommission auch eher zu verstetigen?

SV Dr. Mikko Huotari (MERICS): Besten Dank für die Frage. Zum einen glaube ich, und deswegen der notwendige größere Blick, sind wir in einer neuen Phase der geopolitischen Globalisierung. Und der Bundestag ist gut beraten, Kompetenz aufzubauen, um die Analyse von strategischen Abhängigkeiten, Handlungskompetenzen etc. auch für sich selbstständig besser aufzustellen. MERICS und viele andere haben zu Recht dafür plädiert, dass es da um China-kompetente Fragen geht – aber es ist eine größere Herausforderung. Wenn der IWF feststellt, dass wir in einer Phase der globalen Fragmentierung bereits jetzt heftige Auswirkungen auf die globale Integration haben und der Deutsche Bundestag diese Analyse mitträgt, dann müssen wir die Konsequenzen daraus ziehen und stark in den Kapazitätsaufbau investieren. Ob genau *diese* Kommission die richtige Lösung ist, – ich glaube, es ließe sich auch ein stärker länderagnostischer Ansatz wählen, um das Problem zu bearbeiten. Aber wenn ich jetzt hier in diesem Kreis, im Wirtschaftsausschuss frage: Wer kann hier eine fundierte Aussage dazu geben, ob die Rohstoffabhängigkeit von China sich in den letzten zwei Jahren verbessert hat, in welchem Fall, was die 10, 12, 15 strategischen Güter sind, wo wir sicherstellen müssen, dass sie verfügbar sind in Deutschland, und ob wir uns da verbessert haben oder nicht, wage ich zu behaupten, dass die Antwort eher ist: Wo sind die richtigen Analysen? Und aus der Feststellung schließt sich für mich, dass wir da eine große Hausaufgabe haben, ob die jetzt länderspezifisch durchgeführt werden muss, da sind verschiedene Möglichkeiten denkbar. Ich glaube auch, dass beispielsweise die Technologievorausschau mit Blick auf China und andere Staaten relevant ist. Es ist notwendig, dass beispielsweise Arbeitsgruppen, die sich mit europapolitischen oder mit wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Fragen beschäftigen, enger in der Frage Wirtschaftssicherheit zusammenarbeiten. Man kann das nicht nur als Regierungsaufgabe sehen, und auch über einen Regierungswechsel hinweg

würde ich behaupten, dass wir eine längerfristige Aufgabe haben. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Kollege Limbacher, bitte.

Abg. **Esra Limbacher (SPD):** Ich würde gerne Frau Dr. Jungbluth fragen. Herr Dr. Huotari hat vorhin richtigerweise dargestellt, dass China zwar noch stärkster Handelspartner ist, aber das Handelsvolumen natürlich 2023 geschrumpft ist. In diesen Tagen kam eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft heraus, die aber dargestellt hat, dass bislang wirklich keine nennenswerten De-Risking-Strategien, zumindest in den Zahlen, vorhanden sind und dass die Abhängigkeiten sich in den letzten Monaten und Jahren nicht wirklich verändert haben. Woran lag das aus Ihrer Sicht, dass das Handelsvolumen so zurückgegangen ist? Haben Sie dafür eine Erklärung?

SVe **Dr. Cora Francisca Jungbluth (Bertelsmann Stiftung):** Vielen Dank für die Frage. Zum Rückgang des Handelsvolumens: China selbst steht vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Das Bruttoinlandsprodukt ist von den Wachstumsraten her zurückgegangen. Es gibt viele strukturelle Probleme und das ist sicher einer der Gründe, warum wir es hier mit einem Rückgang des Handelsvolumens zu tun haben. Natürlich spielen auch die geopolitischen Spannungen eine Rolle, dass wir im Sinne einer Diversifizierung eine Verlagerung von Handelsströmen feststellen können. Nichtsdestotrotz sind die Fortschritte mit Blick auf De-Risking gemischt. In manchen Bereichen findet das statt. Das hängt stark vom Sektor und den Unternehmen je nach Größe ab. Aber wie Herr Huotari auch betont hat, sind da immer noch Hausaufgaben zu tun, um tiefer reinzugehen und genau zu verstehen, wo sind denn diese Risiken, gerade in Lieferketten und bei Unternehmen, und zu analysieren, was kann getan werden, auch um Unternehmen noch besser zu unterstützen bei ihrem De-Risking und bei der Diversifizierung. Das ist, denke ich, ein ganz wichtiges Thema, was eben auch eine Kommission aus externen Expertinnen und Experten behandeln und als Aufgabe annehmen könnte.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Dr. Jungbluth. Das Wort hat der Kollege Cronenberg für die FDP.

Abg. **Carl-Julius Cronenberg** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine dritte Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Strack. Der Antrag verfolgt das Ziel, Vulnerabilitäten durch Diversifizierung zu reduzieren. Stichwort ist da „Economic Security“. Mir scheint allerdings der Ansatz ein wenig defensiv. Sind aus Ihrer Sicht auch offensive Instrumente zum Abbau von Klumpenrisiken oder Abhängigkeiten denkbar? An welche würden Sie auf EU-Ebene denken oder auch seitens der Bundesregierung, zum Beispiel beim Thema Exportgenehmigungen?

SV **Friedolin Strack** (BDI): Danke. In der Tat finde ich, das greift nicht nur für den Antrag für die Kommission, wie sie vorgeschlagen wird, sondern das greift auch für das EU-Maßnahmenpaket, das letztes Jahr zu Economic Security beschlossen wurde und das Tim Rühlig und andere auch schon angesprochen haben. Aus unserer Sicht im BDI für die deutsche Industrie greift es zu kurz. Es trägt zwar die Überschriften „Partner“, „Promote“ und „Protect“ oder auch in der Reihenfolge „Promote“, „Protect“, „Partner“. Im Kern finden wir aber zu viel, das sich um das Thema „Protect“ kümmert. Das spiegelt auch jetzt unsere aktuelle Diskussion wider. Wir finden wenig, was Anleihe nimmt in dem Bereich „Partner“, wo wir durchaus den Eindruck haben, wir haben nicht alle Chancen genutzt, aus einer Trump-Administration kommend, in eine Biden-Administration gehend, die uns wieder die Hand gereicht hat, mehr zusammenzuarbeiten zum Thema China. Und das Thema „Promote“ kommt aus unserer Sicht völlig zu kurz. Hier wünschen wir uns eine viel größere Offensivhaltung. Wir müssen „Promote“ und „Partner“ kombinieren. Im Moment laufen wir richtig Gefahr, dass sich die Europäische Union mit ihrem Umgang zu Freihandelsabkommen ins Abseits katapultiert. Das ist wirklich eine bedenkliche Entwicklung, die wir anmahnen. Wir wissen, dass wir hier das Wirtschaftsministerium auf unserer Seite haben. Aber so wie die französische Regierung bei den Verhandlungen für ein EU-Mercosur-FTA im Moment agiert, so wie Australien die

Verhandlungen für ein EU-Australien-FTA verlassen hat, da haben wir ein echtes Problem. Ich will auch unterstreichen, was Mikko Huotari gesagt hat: China treibt uns an die Grenze. Das, was wir normalerweise machen, zu sagen, wir beantworten den Wettbewerb mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, das funktioniert nicht mit einem staatswirtschaftlich geprägten China. Und es funktioniert weder im chinesischen Markt noch auf unserem Heimatmarkt hier. Wir haben immer mehr Branchen, die sagen, dass das Level Playing Field mit chinesischen Firmen nicht gegeben ist. Diese kommen aus einem anderen wirtschaftlichen Umfeld in China und können bei uns im Markt anders operieren, mit günstigeren Angeboten. Das macht immer mehr Branchen das Leben schwer. Da haben wir ein echtes Problem.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Man wünscht sich manchmal, dass das, was aus Frankreich mit Blick auf Global Responsibility zu hören ist, auch in Freihandelsabkommen widerspiegelt. Aber das ist eine andere Geschichte. Herr Kollege Rouenhoff, bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an Herrn Strack. Mich würde interessieren, wie Sie den Ansatz, den wir häufig aus der Industrie hören: „Local for Local“ bewerten, also deutsche Investitionen in China von Unternehmen nur für den chinesischen Markt, und welche Chancen und Risiken sich daraus für Deutschland beziehungsweise die deutsche Wirtschaft ergeben.

SV **Friedolin Strack** (BDI): Danke für die Frage, Herr Rouenhoff. Das ist eine sehr gute Frage, weil ich glaube, dass das auch ein Stück weit den Erklärungsansatz dafür liefert, warum das IW feststellt, dass sich die De-Risking-Strategie bisher nicht so richtig in den Zahlen widerspiegelt. In der Tat scheint mir, dass nicht nur die deutsche Industrie, sondern die Industrie weltweit die alte Globalisierung ad acta gelegt hat, bei der Wertschöpfungsketten in den Firmen global gedacht wurden. Heute werden Wertschöpfungsketten in den Firmen eher regional gedacht, was in der Umstellungsphase zu einem vermehrten Investitionsverhalten führt. Auch in China. Wir haben in den letzten drei Jahren von der



deutschen Industrie Rekordinvestitionen in China erlebt. Aus genau diesem Grund: Um Risiken abzubauen, werden Wertschöpfungsketten eher auf China konzentriert, die bezogen sind auf den Absatz in China. Wertschöpfungsketten, die auf den US-Absatz konzentriert sind, werden, auch befördert durch den Inflation Reduction Act, in den USA konzentriert. Diese geopolitische Verschiebung spiegelt sich im Moment wider in dem Investitions- und Handelsverhalten der Unternehmen. Aus meiner Sicht ist es eine nicht rückkehrbare, irreversible Entwicklung, wo wir die alte „vollständige“ Globalisierung verlassen haben und in der Tat eher in eine Fragmentierung der Weltwirtschaft hineingehen. Diese neue Globalisierung hat für uns in der Industrie Chancen, wenn wir sie richtig gestalten. Und da bin ich bei Tom Königs entscheidendem Punkt: Wo wir wirklich Sorge haben sollten, ist, was macht es mit dem Standort Deutschland, wenn wir viel im Ausland investieren? Wenn ausländische Firmen gleich viel bei uns investieren, dann kommen wir netto volkswirtschaftlich gut raus. Das sehen wir im Moment nicht und wir machen uns intensive Sorge, dass sich die Lokalisierung in den kommenden Jahren negativ auf den deutschen Export niederschlagen könnte.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Das Wort hat Maik Außendorf für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe zwei Fragen an Herrn Dr. Rühlig. Sie haben sich in ihrer Stellungnahme mit Halbleiterprodukten beschäftigt. Wie würden Sie denn die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft im Worst-Case-Szenario eines Abbruchs der Lieferketten aus China und Taiwan skizzieren – allein in diesem Bereich, um das Risiko vielleicht plastischer zu machen? Zweitens empfehlen Sie, mehr Ressourcen in die Politik der Wirtschaftssicherheit zu investieren. Vielleicht können Sie dann noch ein bisschen ausführen, wie das beispielsweise konkret funktionieren könnte?

SV **Dr. Tim Nicholas Rühlig** (Europäische Kommission): Ich möchte eingangs zehn

Sekunden darauf verwenden, nochmals einen Punkt zu erweitern, den Friedolin Strack vorhin ansprach. Er sagte, proaktiver zu werden, mehr in „Promote“ zu investieren. Ich würde sagen, gerade wenn wir auch über Digitaltechnologien sprechen, die meisten dieser Lieferketten und Wertschöpfungsketten sind ausgesprochen transnational. Das heißt, China spielt eine Rolle, viele andere Staaten spielen eine Rolle und diese alle zu entwirren, ist aufwendig, kurzfristig nicht möglich, längerfristig wäre es sicherlich möglich, aber dann unter extrem hohen Kosten. Das bedeutet, es geht schon auch um ein Risikomanagement und um ein Management dieser Lieferketten. Deswegen ist es mir wichtig zu sagen, dass proaktiv – zusätzlich zu dem, was Friedolin Strack gerade sagte – heißt, auch noch einmal zu überlegen, wo eigene Stärken sind und wie wir diese eigenen Stärken erhalten können. Und das knüpft auch an Standortpolitik in Europa und in Deutschland mit an. Das halte ich für ausgesprochen zentral. Das Digital Power China Research Consortium legt dazu auch Anfang des kommenden Monats eine längere Studie vor. Zu Ihren beiden Fragen: Die Halbleiterproduktion ist in der Tat ein zentraler Punkt. Wir haben bereits den European Chips Act. Der, wenn man die verschiedenen Produktionsschritte sieht, sehr stark darauf eingeht, in der sogenannten Frontend-Fertigung in einem von drei Produktionsschritten, insbesondere bei den Chips neuester Generation, sehr viel zu investieren. Das ist beispielsweise der Fall in Magdeburg. Wir sehen, dass die Abhängigkeiten von China gerade sehr hoch sind, was die sogenannte Backend-Fertigung betrifft. Das heißt, wir müssen hier sehr viel stärker darauf schauen, wie wir verschiedene Produktionsschritte in den Blick nehmen. Das meinte ich vorhin damit, ein stärkeres Verständnis von Produktions- und Lieferketten zu entwickeln. Das scheint mir an dem Punkt wirklich zentral, denn wenn wir die Frontend-Fertigung für die Chips neuester Generation ausbauen, reduzieren wir unsere Abhängigkeiten von Taiwan. Das ist sicherlich ausgesprochen gut, denn Chips sind in sehr, sehr vielen Produkten. Das Problem ist, die deutsche Wirtschaft, gerade auch die Automobilindustrie, braucht vor allem Chips



etwas älterer Generationen. Und das ist im Moment gar nicht in unserem Fokus. Da gilt es zum Beispiel deutlich auszubauen. Jetzt sehe ich mit Blick auf die Zeit, dass ich die zweite Frage leider nicht mehr beantworten kann. Tut mir leid.

Der **Vorsitzende**: Man weiß nicht, ob man vielleicht noch einmal gefragt wird. Einige wenige Möglichkeiten bestehen noch. Die erste ergibt sich mit Markus Töns, gegebenenfalls.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Vielen Dank. Meine Frage geht an Herrn König. Wir leben in einem Spannungsfeld von Export und Import. Wenn ich die Überproduktion im asiatischen Raum betrachte, unter anderem in China, auch Stahl, welche Auswirkungen hat das auf unsere Exportfähigkeit, wenn beispielsweise Industrien oder unsere Industrien in Europa, die sich ja transformieren sollen und auch wollen, jetzt erheblich unter Druck kommen, weil der billige Stahl oder andere Produkte ähnlicher Art auf den europäischen Markt drängen?

SV **Thomas König** (DIHK): Ganz herzlichen Dank. Stichwort „Überkapazitäten“ in all seinen Formen und in all seinen Transmutationen ist eines der, glaube ich, dringlichsten Themen, das angegangen werden muss und das auch von der Politik anerkannt werden muss, als eine der größten Belastungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, um nochmals dieses Stichwort zu bringen. Wie gesagt, wir sehen uns den wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen der chinesischen Staatsführung gegenüber, die auch keinen Abbruch haben werden in den kommenden Jahren. Das heißt, wir müssen da einfach auch anerkennen, dass die Imbalance weiterhin Fortbestand haben wird. Und deswegen ist eben genau die Frage, die auch an die Politik gestellt werden muss: Wie kann man die Unternehmen und auch die diversen Industrien dabei unterstützen, sich diesem Wettbewerb zu stellen? Dass es auf jeden Fall einen Bedarf gibt, die jeweiligen Wirtschaftszweige zu stärken und eben auch dafür zu sorgen, dass man den Wettbewerb aufnehmen kann, ist ganz klar. Ich möchte nur erinnern an die Solarindustrie. Da haben wir den Wettbewerb verloren und das sollten wir auf jeden Fall nicht in dieser Form wiederholen. Insofern war dies auch nur mein Appell

beziehungsweise meine Zustimmung, dass das ein unglaublich dringliches Thema ist. Auch die Überkapazitäten im Kleinen, wenn es um die Produktflut aus China kommt, die jetzt eben auch zugenommen hat durch die Handelsportale aus China, das ist genauso ein Thema, im Kleinen wie auch im Großen. Also da gibt es auf jeden Fall sehr viel Handlungsbedarf und es bedarf einer Entscheidungsfähigkeit seitens der Regierung, um eben erst einmal zu sehen, wie groß die Belastung ist, wie groß ist der Wettbewerb tatsächlich und wo können wir nachtarieren und wo ist der Bedarf am größten seitens der deutschen Industrie und Wirtschaft. Danke.

Der **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und gebe dem Kollegen Dr. Kaufmann für die AfD-Fraktion das Wort.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine dritte Frage richtet sich an Herrn König und ich möchte noch einmal zu sprechen kommen auf die Schattenseiten des deutschen Engagements von Unternehmen in China oder wie Sie es schreiben in der Stellungnahme: „ein zunehmend schwieriges Marktumfeld, in dem die deutsche Wirtschaft zunehmend Diskriminierungen und Einschränkungen wie zum Beispiel Investitionsverboten, Joint-Venture-Auflagen, Lokalisierungsanforderungen über erzwungenen Technologietransfer bis hin zum Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen“ ausgesetzt ist. Jetzt die Frage: Welche Maßnahmen sehen Sie als geeignet und angemessen an, um dem künftig entgegenzuwirken?

SV **Thomas König** (DIHK): Danke schön für die Frage. Tatsächlich, das sind Themen, die eben auch wir gerne dem Bundeskanzler mitgeben für seine Reise nach China. Tatsächlich, wir sind große Verfechter auch davon, dass wir wirklich daran glauben, dass der Dialog und die Flankierung der Interessen der deutschen Unternehmen in ihrem China-Geschäft durch die Bundesregierung sehr, sehr wichtig ist. Sie haben die Liste auch gerade aufgestellt. Diese Liste müsste man sowieso immer einpacken und vorbringen. Das heißt, man muss auch da den politischen Druck machen. Ich persönlich bin ein Verfechter, seit meiner Zeit, in der ich in



Shanghai gelebt habe, dass man immer mitdenken muss, dass Druck seitens der Bundesregierung bei chinesischen Stakeholdern tatsächlich Effekt hat. In der Hinsicht kann man nicht immer nur sagen, die Wirtschaft wird das schon richten, sondern manchmal ist es wirklich hilfreich, sich bei den großen Treffen dafür einzusetzen, dass man diesen Themenkatalog voranbringt und eben auch politischen Druck äußert. Also das einerseits – und auf der anderen Seite: Bitte einfach auch da weiterhin im Dialog mit den Unternehmen stehen, weil wir diese Listen an Herausforderungen zusammenstellen, weil wir anerkennen, dass viele dieser Themen, die das Level Playing Field einfach weiterhin erschweren, sich seit Jahrzehnten nicht wirklich verbessern. Wir werden auch nicht müde, die Themen immer voranzubringen. Aber hier appelliere ich einfach auch nur an alle, die hier versammelt sind, und an alle Sachverständigen und ihre Organisationen: Es hilft, da geschlossen Druck zu machen und eben auch zu sagen, dass man in gewisser Weise bestimmte rote Linien oder auch bestimmte Themen hat, wo man einfach Fortschritt machen muss. Und da fehlt es manchmal, nach meinem persönlichen Ermessen, einfach auch ein bisschen am politischen Mut, diesen Druck auszuüben gegenüber der chinesischen Seite. Ein zentralistisch geführtes Regierungssystem reagiert nämlich manchmal recht gut auf politischen Druck. Und auch wenn das vielleicht nicht immer den ganzen Prinzipien unserer Marktwirtschaft entsprechen kann, will ich nur appellieren, dass man auch immer bedenken sollte: Eine Resolution oder ein resolutes Auftreten seitens der Bundesregierung kann Berge versetzen!

Der **Vorsitzende**: Vielleicht wird dem Bundeskanzler von unserer Anhörung berichtet – man weiß es nicht –, bevor er mit dem Chef dort die ersten Gespräche führt. Herr Kollege Dr. Wiener für die CDU/CSU.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Da wir uns dem Ende der Diskussion nähern, will ich zunächst einmal sagen, dass die Debatte gezeigt hat, dass das wichtige Themen sind und dass es durchaus Sinn machen würde, sich dieser Themen auch

weiter anzunehmen. Wir haben geworben für eine Kommission, die sich damit beschäftigt, und ich glaube, die Debatte hat gezeigt – auch die Antworten der Experten haben gezeigt –, dass das Sinn machen würde. Ich habe noch mal eine Schlussfrage an Herrn Hinz. Und zwar haben Sie von den Wohlfahrtsverlusten gesprochen, die wir bei einem Decoupling sehen würden. Jetzt glaube ich nicht unbedingt, dass ein volles Decoupling passieren wird, sondern die Frage ist auch, mit welchen Wohlfahrtsverlusten müssen wir rechnen, schon allein aufgrund der Tatsache, dass wir eine Fragmentierung des Welthandels sehen und auch ein De-Risking. Was wird uns das an Wohlstand kosten?

SV **Prof. Dr. Julian Hinz** (Universität Bielefeld und Kiel Institut für Weltwirtschaft): Vielen Dank für die Frage. Sehr relevant. Es ist natürlich hier eine Abwägung zwischen einer Sicherheit, die etwas kostet. Man kann darüber nachdenken wie über eine Versicherungsprämie, die man dafür zahlt, dass man auf absehbare Zeit Sicherheit hat – hier bei Vorprodukten oder bei Marktzugang. Das heißt, es wird sich natürlich in einem geringeren Wohlfahrtsverlust widerspiegeln als ein hartes Decoupling. Aber man zahlt dafür schon jetzt, wenn man De-Risking betreibt, eine Prämie, wie das bei Versicherungen ist. Ich möchte gerne nochmals einen Punkt wiederholen, der immer wieder aufgetaucht ist und gerade im Vorbeitrag angeklungen ist: Man sollte und darf sich als Deutschland, als Europa nicht klein machen. Die Chinesen haben wahnsinnige Abhängigkeiten gegenüber den Produkten, die *wir* liefern nach China. Die brauchen *unsere* Technologie, die brauchen *unsere* Investitionen. Da hat man manchmal das Gefühl, als ob wir mit dem Rücken zur Wand stehen würden. Dem ist absolut gar nicht so! Bei unseren Simulationen, wenn man sich hier die reinen Daten anschaut, dann sind die Abhängigkeiten Chinas gegenüber dem Westen, und insbesondere gegenüber Deutschland, massiv. Wenn man das gegeneinander aufrechnen wollen würde, ist China abhängiger von Deutschland als Deutschland von China. Das sollte man sich manchmal ein wenig vor Augen führen, auch im Hinblick auf politische Besuche, auf Interaktionen mit chinesischen



Counterparts, dass Deutschland sich hier nicht klein zu machen braucht.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Wir kommen zu den beiden letzten Fragen. Die vorletzte geht an den Kollegen Limbacher.

Abg. **Esra Limbacher** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde meine letzte Frage gerne an Herrn Dr. Rühlig richten. Wir haben gerade eben schon über die Bedrohung von Produktionsüberkapazitäten, insbesondere auch für die deutsche und europäische Wirtschaft, gesprochen. Ganz konkret wurde in den vergangenen Tagen, auch vor dem Hintergrund der Reise unseres Bundeskanzlers nach China, über die EU-Überlegungen hinsichtlich Strafzölle bei E-Auto-Importen gesprochen. Halten Sie, ganz generell gesprochen, europäische Strafzölle für ein probates Mittel oder ist es nicht vielmehr so, dass die Erfahrungen, insbesondere der Trump-Ära, gezeigt haben, dass das ein Bumerang ist, der auch immer zurückkommt?

SV **Dr. Tim Nicholas Rühlig** (Europäische Kommission): Vielen Dank. Grundsätzlich glaube ich, dass man nicht Instrumente vom Tisch nehmen sollte. Es geht immer um den Einzelfall und darum, den Einzelfall zu prüfen. Ich glaube, im Falle der E-Autos haben wir es mit verschiedenen Problemen zu tun. Das eine ist das der Überkapazität, die Sie angesprochen haben, und die Frage sozusagen, hat China hier nicht einfach einen extremen Anreiz, zu sehr günstigen Konditionen Elektroautos auf den europäischen Markt zu werfen. Das heißt, hier geht es in der Tat um Fragen fairen Wettbewerbs. Da halte ich durchaus die Prüfung von Strafzöllen für völlig legitim auf Seiten der Europäischen Union. In der Tat besteht natürlich das Risiko, das auch sehr real ist, dass es auch chinesische Gegenmaßnahmen gibt. Aber hier schließe ich mich meinen Vorrednern an, verweise noch einmal auf meine letzte Antwort: Wir sind so zahnlos nicht! Wir sollten uns da auch nicht klein machen und jetzt bestimmte Mittel von vornherein ausschließen, nur weil das auch uns etwas kosten könnte. Das Zweite ist aber im Falle der Elektroautos oder überhaupt von Autoimporten, dass die schon ausgesprochen kritisch sind, auch mit Blick auf die Datensicherheit. Autos, nicht spezifisch E-

Autos, aber Autos werden zunehmend Computer auf Rädern. Sie haben Spracherkennungstools im Cockpit. Sie sammeln Daten aus dem Umfeld, zunehmend das autonome Fahren, selbst wenn es noch nicht vollständig autonom ist, aber sie haben Einparkassistenten etc. Das sind alles kritische Daten und deswegen ist es zunehmend bedeutsam, woher die kommen, und vielleicht lohnt sich in dem Fall auch ein Blick nach China. China selbst schränkt beispielsweise die Nutzung von amerikanischen Teslas in einigen Gebieten in China ein, weil sie das für kritische Daten halten. Und vielleicht ist das gar nicht so eine schlechte Idee, hier zu sagen, es lohnt in der Tat hineinzuschauen und auch die Risiken für uns jenseits von Wettbewerbsfragen auch für unsere Sicherheit zu prüfen. Und auch da kann man mit Strafzöllen zumindest Zeit gewinnen. Das mag nicht schön klingen, aber das ist ein Mittel, das uns durchaus helfen könnte.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Durch die Neuberechnung schließt jetzt nicht die FDP, sondern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Befragung ab. Liebe Kollegin Dr. Detzer!

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Ich würde Herrn Strack gerne noch einmal fragen, da ich finde, dass insbesondere der BDI in seiner China-Strategie erhebliche Fortentwicklungen vorgenommen hat. Und ich finde die Ausführungen, die Sie dazu gemacht haben, auch wirklich einschlägig. Ich möchte rekurrieren auf Ihre Ausführungen, dass, insbesondere in Bezug auf das Level Playing Field, dies die Wettbewerbsfähigkeit uns nicht retten wird, wenn, – ich sage es in der Spielersprache – jemand mit „gezinkten Karten“ spielt. Und da würde ich aber dann gerne nochmals den konkreteren nächsten Schritt erfragen, der aus Ihrer Sicht da notwendig ist; Zölle sind gerade angesprochen worden. Wir alle wünschen uns einen regelbasierten Welthandel, müssen aber anerkennen, dass er momentan gerade aufgrund der Überkapazitäten sehr unter Druck ist. Deswegen da die konkrete Frage: Welche Instrumente könnten aus Ihrer Sicht sinnvoll sein?

SV **Friedolin Strack** (BDI): Vielen Dank für die Frage. Und auch danke, dass ich den Abschluss



machen darf. Ich glaube, ich kann für alle Experten feststellen, dass wir, soweit ich es herausgehört habe, uns alle einig sind: Die Defensivinstrumente, die wir aktuell haben und die die EU-Kommission neu geschaffen hat, insbesondere im Bereich Anti-Subsidy, die sollten konsequent genutzt werden. Das ist definitiv auch eine Haltung, die wir im BDI unterstützen. Wenn im Einzelfall ein anderer Staat mit einer Retorsion auf diese Maßnahmen reagieren sollte, dann sind das Kosten, die wir in Kauf nehmen müssen. Wir können nicht proaktiv diese Instrumente *nicht* nutzen. Der zweite Punkt, den ich anführen würde – das ist kein BDI-Punkt, das ist meine persönliche Einschätzung: Sie würden von BDI-Leuten im Lobbying kaum hören, dass wir industriepolitisch neue Akzente setzen müssten. Von mir hören Sie das heute. Wir können es uns nicht erlauben, wenn die USA im IRA eine ganz klare Komponente von lokaler Wertschöpfung und von Sicherung nationaler Sicherheitsinteressen eingebaut hat. Ich gebe Ihnen das Beispiel von Tim Rühlig mit dem autonomen Fahren. Das sind sehr gute Beispiele, weil da eine Sicherheitsdimension entsteht, wo ich den Eindruck habe – auch Solar: wir haben das Rennen um Wettbewerbsfähigkeit noch lange nicht verloren. Wir haben Technologien und großes Innovationspotenzial, das müssen wir besser nutzen. Wenn wir eine Verlässlichkeit haben, dass Förderinstrumente der Bundesregierung und der EU-Kommission im Green Deal lokale Wertschöpfung berücksichtigen, dann werden Firmen auch wieder investieren in Bereichen, deren Produktion sich aktuell vom Preis her in der EU nicht rentiert. In so eine Richtung ermutige ich uns, neu zu denken!

Der **Vorsitzende**: Zum Schluss ermutigende Worte und auch wichtige Worte! Herzlichen Dank, Herr Strack, aber auch herzlichen Dank allen Beteiligten und insbesondere den Sachverständigen für die sehr interessanten und hilfreichen Beiträge. Ich bedanke mich auch für das Interesse an dieser Anhörung, die jetzt ihr Ende gefunden hat. Dankenswerterweise standen uns auch zwei Kameraleute zur Verfügung, die dafür gesorgt haben, dass es – drei sogar – Entschuldigung! Ja, nach links gucke ich nicht so oft. Es sei denn, ich muss der

SPD das Wort geben, aber das ist vielleicht -- Jedenfalls bedanke ich mich bei drei Kameraleuten, denn sie haben dafür gesorgt, dass wir, sozusagen über den Rahmen hier hinaus, gesehen werden konnten und gegebenenfalls auch noch in der Mediathek, falls Interesse besteht. Ich würde sagen, das Thema ist es wert! Wer es verpasst hat, muss das nachsehen. Also herzlichen Dank für das Interesse. Ich verabschiede mich nicht nur bei allen, die hier sind, sondern auch bei der Öffentlichkeit insgesamt. Wir werden nämlich gleich unsere reguläre Ausschusssitzung nichtöffentlich fortsetzen. Wir machen jetzt eine kleine Verschnaufpause. Vielen Dank fürs Hiersein. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 10:34 Uhr



Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Dr. Tim Nicholas **Rühlig**
A-Drs. 20(9)359

Thomas **König**
A-Drs. 20(9)360

Dr. Cora Francisca **Jungbluth**
A-Drs. 20(9)361

Prof. Dr. Julian **Hinz**
A-Drs. 20(9)363

Dr. Mikko **Huotari**
A-Drs. 20(9)364